



Renate Geuter
Mitglied im
Niedersächsischen Landtag

Informationen über meine politische Arbeit im Landtag und im Wahlkreis

Ausgabe Juni 2015

Inhalt:

Niedersachsen gibt keine Krankenhausstruktur vor 2

Städtebauförderung auf Rekordniveau. 2

Thema: Wasser 3

Meine Reden im Landtag 2015 3

Novellierung des Schulgesetzes (Petitionen). 4

Stellenausschreibungen an niedersächsischen Schulen erfolgen nach Bedarf 4

Mehrere Millionen Euro für LEADER-Projekte in den Landkreisen Oldenburg-Land, Cloppenburg und Vechta 5

Landesregierung unterstützt Kommunen bei der Betreuung von Flüchtlingen 6

CDU kann Schuldenuhr dank solider SPD-Finanzpolitik zurückstellen 6

Impressum 6

Bienen schützen – Blühstreifen ausbauen 7

Drei Landtagsabgeordnete aus Weser-Ems bei landwirtschaftlichen Betrieben. 8

Meine Tätigkeiten im Landtag 8

An diesen Steuerakademien werden die Steuer- und Finanzanwärter für Niedersachsen ausgebildet 9

Liebe Genossinnen und Genossen, sehr geehrte Damen und Herren,

nach einer längeren Pause, freue ich mich darauf, dass der Newsletter ab jetzt wieder regelmäßig erscheinen wird.

„Wenig Arbeit ist eine Bürde, viel Arbeit eine Freude“, sagte einmal der bekannte Schriftsteller Victor Hugo.

Mein Amt bringt diese Freude mit sich und ich informiere Sie hier gerne über die vielfältigen Themen, die Ihnen am Herzen liegen und mir Anlass für mein Engagement geben und über meine abwechslungsreiche Arbeit im Landtag.

Für Ihre bisherige Unterstützung danke ich Ihnen und freue mich auf Ihre Anregungen und Vorschläge.

*Herzliche Grüße
Eure/Ihre*

Renate Geuter



Arbeit. Bildung. Niedersachsen.

- ✓ Innovation und soziale Gerechtigkeit
- ✓ Gute Arbeit in erfolgreichen Unternehmen.
- ✓ Chancen für alle eröffnen – alle Bildungspotenziale heben.

<http://www.entdecke-niedersachsen.de/wahlen/programmjahr-2015/>

Das Land Niedersachsen gibt keine Krankenhausstruktur vor



Bild: Dieter Schütz / pixelio.de

Nach dem niedersächsischen Krankenhausgesetz sind die Landkreise für die Grund- und Regelversorgung im Krankenhausbereich zuständig und es gibt **keine** Veranlassung an dieser rechtlichen Grundlage zu zweifeln oder sie zu ändern. Deshalb wird das Land Niedersachsen auch keine Krankenhausstruktur vorgeben und Kliniken ganz oder teilweise schließen.

Es gibt definitiv Patientenbewegungen zwischen den Landkreisen Vechta und Diepholz. Deshalb ist es sinnvoll gemeinsam zu prüfen, welche wirtschaftlichen Synergien sich aus einem besser abgestimmten Angebot ergeben. In diesem ganzen Zusammenhang wünsche ich mir diesbezüglich nachvollziehbare und

transparente Gespräche, damit sich auch die kleineren Standorte im Landkreis Vechta sich nicht übergangen oder ausgeschlossen fühlen.

Das Krankenhaus Damme ist bekanntlich bei der letzten Verteilungsrunde der Krankenhausinvestitionsmittel von der Landesregierung berücksichtigt worden, weitere entscheidungsreife Investitionsanträge aus dem Landkreis Vechta liegen aktuell nicht vor. Staatssekretär Römann sprach die Zurückstellung der Investitionsentscheidungen an. Davon ist der Landkreis Vechta also gar nicht betroffen, weil im Moment in Hannover keine entscheidungsreifen Anträge für Krankenhausinvestitionen aus dem Landkreis Vechta vorliegen.

Wenn nun auch der Landkreis Vechta sich mit den anderen Krankenhausträgern einig wird und seine Angebote zukunftsfähig aufeinander abstimmt, wird keine Landesregierung in Hannover dieser Entwicklung widersprechen oder sie sogar behindern.

Städtebauförderung auf Rekordniveau

Am 09. Mai diesen Jahres fand zum ersten Mal bundesweit der Tag der Städtebauförderung statt. Pünktlich zu diesem Datum stand das niedersächsische Städtebauförderungsprogramm 2015.

In der Kategorie „Kleinere Städte und Gemeinden“ wird auch das kreisübergreifende Projekt in Goldenstedt und Barnstorf mit 671.000 Euro aus Bundes- und Landesmitteln gefördert. Auch Garrel wird mit 667.000 Euro bedacht und Friesoythe mit 1.333.000 Euro.

Mehr als 550 Städte und Gemeinden nehmen in Deutschland daran teil. Erstmals werden in diesem Jahr dank des Einsatzes der Länder beim Bund zwölf besonders finanzschwache Kommunen entlastet. Deren kommunaler Eigenanteil an der Finanzierung

wird von einem Drittel auf 20% der förderfähigen Kosten reduziert.

Niedersachsens Sozial- und Bauministerin Cornelia Rundt hat eine Förderung auf Rekordniveau durchgesetzt: Rund **153 Millionen Euro** stehen für Investitionen in niedersächsische Städte und Gemeinden zur Verfügung.

Ich freue mich, dass die Intervention beim Bund erfolgreich war und dass sich der Einsatz für dieses Projekt gelohnt hat.



SPD-Landtagsfraktion
Niedersachsen

<http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de>

Thema: Wasser

Ortstermin bei der Teichwirtschaft Ahlhorn



Die SPD-Landtagsabgeordneten Renate Geuter (3.v. li.), Sigrid Rakow (li., Ammerland), Axel Brammer (re., Oldenburger-Land) und Ulf Prange (2. v. li., Oldenburg) informieren sich bei der Forstverwaltung über Probleme der Wasserversorgung der Teichwirtschaft Ahlhorn (qualitativ und quantitativ).

Zu Gast beim OOWV



Die SPD-Landtagsabgeordneten Renate Geuter, Sigrid Rakow, Axel Brammer und Ulf Prange lassen sich von Egon Harms (Bereichsleiter für den Gewässerschutz beim OOWV) das Problem der Nitratbelastung erläutern. Er schlägt die Einrichtung von mehr Wasserschutzgebieten vor.

Meine Reden im Landtag 2015

- [18.03.2015: Domäne Coverden, Landkreis Schaumburg; Veräußerung des Gesamtbetriebes](#)
- [8.02.2015: Reform der Erbschaftsteuer: Die Rückkehr der rot-grünen Steuererhöher?](#)
- [22.01.2015. Verlorenes Vertrauen zurückgewinnen – für ein erneutes Beteiligungsverfahren zum Landes-Raumordnungsprogramm](#)

Novellierung des Schulgesetzes (Petitionen)

Im Zusammenhang mit der Novellierung des Schulgesetzes wurde dem niedersächsischen Landtagspräsidenten am 13. Mai 2015 in Gegenwart von Presse eine Petition zum Erhalt schulischer Vielfalt und des Elternrechts auf freie Schulwahl überreicht. Dies sei eine „eindeutige und unmissverständliche Aufforderung an Landesparlament und Landesregierung, den mit der Regierungskoalition eingeschlagenen Weg in der Schul- und Bildungspolitik einer kritischen Überprüfung zu unterziehen und Kurskorrekturen einzuschlagen.

Die SPD ist der Meinung, dass der Elternwille durch das neue Schulgesetz gestärkt wird: Statt einer Schullaufbahneempfehlung wird es künftig zwei Beratungsgespräche geben und nur die Eltern allein entscheiden, welche Schullaufbahn ihr Kind in Zukunft besuchen wird. Außerdem wird die IGS nicht zur Regelschule erhoben. Die Schulträger werden nur dann entscheiden, ein Gymnasium nicht mehr führen zu wollen, wenn vor Ort eine Gesamtschule besteht und der Besuch eines anderen Gymnasiums nach den Vorgaben des OVG Lüneburg unzumutbar ist.

Einzig und allein die Gymnasien erhalten eine Bestandsgarantie. Gerade durch die Wiedereinführung

des Abiturs nach 13 Jahren wird diese Schulform gestärkt und erhält somit die gleiche Schulzeit wie auf der Gesamtschule. Auf welches bessere pädagogische Konzept die Eltern setzen, entscheiden sie allein.

Die Förderschule Lernen wird in Niedersachsen behutsam auslaufen. Dies ist ein Beschluss, den bereits die vorherige Landesregierung gefasst hat und nun von Rot-Grün weitergeführt wird. Andere Förderschulen in Niedersachsen bleiben erhalten. Kinder mit Förderbedarf sollen nicht von anderen Kindern getrennt bleiben und auch auf Schulebene gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Dass die Inklusion Zeit braucht, haben wir erkannt und werden mit Experten im Dialog bleiben, um die bestmöglichen Lösungen zu finden.

Gerade auch in meinen Wahlkreisen erlebe ich, dass die zuständigen Schulträger sehr verantwortungsbewusst mit der Gestaltung der Schullandschaft umgehen. Dabei stellen sie die Bedürfnisse der Kinder und die Elternwünsche stets in den Vordergrund. Daher teile ich die Sorgen um die Einschränkung der schulischen Vielfalt ausdrücklich nicht.



Informationen zum Bildungschancengesetz:

- www.spdnds.de
- <http://www.facebook.com/hashtag/dukannstalles?fref=ts>
-

Stellenausschreibungen an niedersächsischen Schulen erfolgen nach Bedarf

Die Stellenausschreibungen für niedersächsische Schulen erfolgen nach dem jeweiligen Bedarf, das gilt auch für die Stellenausschreibung zum 1. Halbjahr des kommenden Schuljahres 2015/2016. Dieser Bedarf kann sich von Schuljahr zu Schuljahr ändern und hängt u.a. davon ab, wie viele Schülerinnen und Schüler vorhanden sind, wie viele Klassen gebildet werden müssen und wie viele Zusatzbedarfe (z.B. Ganztage) benötigt werden. Dabei wird **keine** Schulform bevorzugt oder benachteiligt. Anderslautende Berichte beklagten eine ungleiche Verteilung beim derzeitigen Verfahren für die nächste Stellenbesetzungsrunde. Auch alle Regionen werden gleicher-

maßen berücksichtigt, denn es ist ein wesentliches Ziel dieser Landesregierung, gleiche Bildungschancen landesweit zu gewährleisten.

So wurden im Schuljahr 2014/2015 insgesamt 3290 Stellen an öffentlichen allgemein bildenden Schulen ausgeschrieben und besetzt. An den öffentlichen Gymnasien wurden davon 341 Einstellungen ermöglicht und führten dazu, dass im landesweiten Durchschnitt für Gymnasien bei der Unterrichtsversorgung der sehr gute Durchschnittswert von 102,9 Prozent erreicht werden konnte.

Fortsetzung nächste Seite

Mir ist bekannt, dass es an der einen oder anderen Schule, auch hier in der Region, trotzdem noch Engpässe gibt und werde mich dafür einsetzen, dass gerade diese Schulen im derzeitigen Stellenbesetzungsverfahren berücksichtigt werden.

Zu den Einstellungsmöglichkeiten für Gymnasiallehrkräfte weise ich darauf hin, dass Bewerber/innen mit dem Lehramt an Gymnasien, vor allem bei den so genannten Bedarfsfächern, auch weiterhin gefragt sind. Wir dürfen aber auch nicht vergessen, dass sich neben dem Gymnasium die Möglichkeit bietet, an einer BBS, einer Oberschule mit gymnasialer Oberstufe oder an einer IGS zu unterrichten. So kommt ein Großteil der insgesamt für das erste

Halbjahr 2015/2016 ausgeschriebenen Stellen daher auch für Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung für das Gymnasium infrage. Das sind weit mehr als die Stellen, die explizit an den Gymnasien ausgeschrieben werden. Da nach der ersten Einstellungsrunde noch ein Stellenkontingent zur Nachsteuerung für kurzfristig auftretende Bedarfe zur Verfügung steht, wird sich dieser Bedarf noch erhöhen.

Ich bin sicher, dass junge Lehrkräfte an Gymnasien auch weiterhin eine gute berufliche Perspektive in Niedersachsen haben werden, dazu wird auch die Wiedereinführung des Abiturs nach 9 Jahren beitragen.

Mehrere Millionen Euro für LEADER-Projekte in den Landkreisen Oldenburg-Land, Cloppenburg und Vechta

Zunächst einmal: Was ist eine LEADER-Region?

„LEADER“ kommt aus dem Französischen und wird übersetzt mit „Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung des ländlichen Raums“. Es ist eine Methode, um die Regionalentwicklung zu fördern. In der Praxis heißt das, dass es Menschen vor Ort ermöglicht wird, regionale Prozesse mitzugestalten. So wird das Potenzial einer Region besser genutzt und ihre Entwicklung vorangetrieben.

Ich freue mich, dass zu diesem Thema gute Nachrichten aus Hannover kommen, denn der Landkreis Oldenburg mit seinem Projekt **Wildeshauser Geest** wurde als eine von 41 LEADER-Regionen ausgewählt. Mit dieser Zusage der Landesregierung ist eine Förderung von 2,8 Millionen Euro für die eingereichten Ziele und Projekte im Landkreis Oldenburg bis 2020 verbunden.

Weitere Leader Regionen sind die Soesteniederung, der Landkreis Vechta, das Fehngebiet und das Hasetal. Eine einzelne Aufstellung der bedachten Kommunen findet sich unten.

Bis 10. Januar 2015 mussten die Entwicklungskonzepte erarbeitet und eingereicht werden. Darin geht es um Stärken und Schwächen der Region, die Gestaltung der Entwicklung, konkrete Handlungsfelder und wie die Bevölkerung eingebunden werden kann.

Durch die Wettbewerbsbedingungen ist sichergestellt, dass die besten der eingereichten Konzepte umgesetzt werden.

Bevor der Wettbewerb startete, gab es noch eine Verbesserung durch die Rot-Grüne Landesregierung: Statt **30**, hat jene Regierung erreicht, dass dieses Mal **41** LEADER Regionen bezuschusst werden und der Etat für die Förderung des ländlichen Raumes aus dem LEADER-Programm der EU wurde für ganz Niedersachsen auf insgesamt **100 Millionen Euro** aufgestockt.

Dank dieser Förderung können die Projekte nun mit Leben gefüllt werden.

Zum Fehngebiet im Landkreis Cloppenburg gehört die Gemeinde Barßel. Zum Hasetal im Landkreis Cloppenburg gehören die Gemeinde Essen/Oldg., die Gemeinde Lastrup, die Gemeinde Lindern und die Stadt Lönigen. Zur Soesteniederung im Landkreis Cloppenburg gehören die Gemeinde Bösel, die Gemeinde Cappeln, die Stadt Cloppenburg, die Gemeinde Emstek, die Stadt Friesoythe, die Gemeinde Garrel, die Gemeinde Molbergen und die Gemeinde Saterland.

Weitere Informationen hierzu auch unter: www.umwelt.niedersachsen.de

Landesregierung unterstützt Kommunen bei der Betreuung von Flüchtlingen

Die SPD-Abgeordnete Renate Geuter nahm nach Kritik des FDP-Abgeordneten Oetjen zu dem Thema Betreuung von Flüchtlingen Stellung und betonte noch einmal, was die Rot-Grüne Landesregierung bereits auf den Weg gebracht hat.

Beispiele für die aktive Unterstützung der Kommunen sind:

- Erhöhung der Kostenabgeltungspauschale von 5932€ auf 6195€
- Schaffung eines vierten Standorts der Landesaufnahmebehörde in Osnabrück
- Errichtung weiterer Standorte dieser Behörde
- Einrichtung von Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe

- Erhöhung der Flüchtlingssozialarbeit auf 2 Mio. Euro
- Erweiterung der Beratungsstellen um 33 weitere
- Lösung für Übernahme der Kosten bei Krankheit, Schwangerschaft, Geburt, Pflegebedürftigkeit und Behinderung
- Die Reform der Härtefallkommission und Ende der unmenschlichen Abschiebep Praxis der vorherigen Landesregierung

Weltweit nehmen die Flüchtlingsströme zu, weil sich viele Menschen aus Kriegs- und Krisenregionen retten wollen. Es sei für die SPD eine selbstverständliche Verpflichtung dort zu helfen und die Verantwortung zu übernehmen.

CDU kann Schuldenuhr dank solider SPD-Finanzpolitik zurückstellen Weiterhin Maß halten und die Zukunft finanzieren

Die Zahlen der Steuerschätzung bestätigen den Kurs der soliden Finanzpolitik, den die Rot-Grüne Regierungskoalition und die Landesregierung seit 2013 eingeschlagen haben. Die Prognose, die Finanzminister Peter-Jürgen Schneider am 12. Mai vorstellte, fußt auf guter Konjunkturlage. Obwohl noch Haushaltsrisiken aus dem aktuellen Haushaltsvollzug abzuziehen sind und es Mindereinnahmen aus im Verfahren befindlichen Gesetzen gibt, bleibt die Stimmung optimistisch.

Aus den Reihen der Opposition gibt es deshalb schon unseriöse Forderungen nach einem Nachtragshaushalt. Auch, wenn der Landesrechnungshof am 21. Mai seinen Jahresbericht vorstellte und diesen guten Trend bestätigte, bleibe die Schuldenbremse oberstes Ziel.

Der Bericht bestätigte, dass alle Kreditaufnahmen im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben erfolgt sind und dass auch keine neuen Kredite aufgenommen wurden, die aus Kreditermächtigungen resultieren, die nach Ansicht des Landesrechnungshofes verfallen sein könnten. Der Landesrechnungshof befürwortete die geplante Maßnahme der Landesregierung, das Problem des zeitverzögerten Abflusses durchlaufender Bundes- und Europamittel durch die Schaffung eines Sondervermögens zu lösen.

Diese Lösung sei transparent und seriös und ermögliche eine positive Wirkung auf den Landeshaushalt. Mit dem Finanzministerium wurde abgesprochen, Kreditermächtigungen in Höhe von **455 Mio. Euro** in Abgang zu stellen.

Damit kann die CDU die Schuldenuhr in ihrem Fraktionssaal zurückstellen. Die aktuelle Landesregierung wird weiterhin Maß halten und die Zukunft Niedersachsens finanzieren. Den nachfolgenden Generationen soll kein Schwarz-Gelber Schuldenberg hinterlassen werden.

Der gesamte Bericht kann eingesehen werden unter: www.lrh.niedersachsen.de

Impressum:

ViSdP:
Renate Geuter, MdL

Moorstr. 7
26169 Friesoythe
Telefon: 04491 4664
Telefax 04491 788394
EMail: renategeuter@gmx.de
Homepage: www.renate-geuter.de

Bienen schützen – Blühstreifen ausbauen Wie kann das Bienensterben gestoppt werden?



(C) Renate Strang (www.renate-strang.de / DSCN3931)

Bienen spielen beim Erhalt unserer Kulturlandschaft und Landwirtschaft eine entscheidende Rolle. Sie tragen wesentlich zum Erhalt der Artenvielfalt bei, indem sie für die Verbreitung hunderttausender Pflanzen

sorgen und damit die Nahrungsgrundlage für unzählige Tierarten sichern. Rund 71% der Nutzpflanzen, die der Mensch weltweit anbaut, müssen von Bienen bestäubt werden. In den vergangenen Jahren ist die Bienenpopulation in Niedersachsen und der gesamten Welt, insbesondere in Westeuropa und Nordamerika, dramatisch zurückgegangen. Aktuell sind mehr als die Hälfte der Bienenbestände in Deutschland gefährdet.

Für das Bienensterben gelten verschiedene Ursachen. Neben der Intensivierung der Landwirtschaft in allen Erscheinungsformen wie Monokulturen oder Beseitigung von blühpflanzenreichen Saumkulturen, dem exzessiven Einsatz von Pestiziden oder der schädlichen Varoamilbe ist davon auszugehen, dass Mangelernährung, Immunschwäche und Stress die Hauptgründe für den Rückzug der Bienenpopulation sind. Unbestritten ist auch, dass ausreichend Nahrung über die gesamte Vegetationsperiode ein großes Problem darstellt.

Vor diesem Hintergrund stellten Abgeordnete der SPD im Februar dieses Jahres der Landesregierung eine Anfrage bezüglich des Schutzes der Bienen und des Ausbaus von Blühstreifen. Die Landesregierung antwortete umfassend darauf:

Der Bund und die EU reagierten auf das Bienensterben schon seit 2008 mit dem Verbot bienengefährlicher Pestizide. Als weitere Maßnahme wird die Forschung unterstützt. Es gibt viele Projekte, die das Völkersterben untersuchen oder Lösungen für vitalere Bienenvölker erarbeiten sollen.

Weiterhin gibt es eine Prämienvergabe für Jungimker/innen, die pro Volk bis zu 50 € beträgt. Die Anlage von ein- und mehrjährigen Blühstreifen wird mit einem höheren Fördersatz bezuschusst.

Zwischen Landwirten und Imkern soll sich die Zusammenarbeit auch verbessern. Ganz besonders die **Landwirtschaftskammer** und das **LAVES Institut** für Bienenkunde in Celle tragen zu einer Verbesserung dieser Kommunikation bei, die deutlich positiv beeinflusst werden konnte.

Um die Wichtigkeit der Bienenvölker klar zu machen, haben deutsche und französische Wissenschaftler das Ganze einmal in Zahlen ausgedrückt:

- Der ökonomische Nutzen durch die Bestäuber beträgt pro Jahr etwa **150 Milliarden €** (allein in Deutschland ca. **2 Milliarden €**)
- Die Schäden durch das Fehlen der Bestäubung würden pro Jahr ca. **190-310 Milliarden €** kosten

Das Land Niedersachsen fordert von Bund und EU deshalb eine noch weitergehende Einschränkung des Pestizideinsatzes und den Ausbau der Schaffung von Blühstreifen.

Die Anfrage mit der umfassenden Antwort der Landesregierung finden Sie hier: http://renate-geuter.de/imperia/md/content/bezirkweser-ems/gliederungen/mdlrenate-geuter/anfragen2015/anfrage_bluehstreifen.pdf

Wer sich noch weiter informieren oder engagieren möchte, kann dies gerne tun unter:

- www.bundesregierung.de/.../2014-04-15initiative-bienen-fuettern.html
- www.laves.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id...id
- www.mellifera.de/bienenschutz
- www.wildbienenschutz.de
- <https://www.greenpeace.de/kampagnen/bienen>
- www.bienenkiste.de
- www.nabu.de/tiere-und-pflanzen
- www.renategeuter.de/aus-dem-landtag/anfragen-an-den-landtag-2015

Drei Landtagsabgeordnete aus Weser-Ems bei landwirtschaftlichen Betrieben



Renate Geuter, Sigrud Rakow (Ammerland) und Karin Logemann (Wesermarsch) zu Besuch auf dem Hof von Eike Krause in der Gemeinde Edewecht in Wittenriede



Die geplante Arzneimittelrichtlinie der EU berücksichtigt bisher nicht die Belange des Einsatzes der Homöopathie in der Nutztierhaltung. Rechtzeitig wollen die Abgeordneten dagegen steuern. Eike Krause nutzt diese Form der Medikation seit 10 Jahren erfolgreich auf seinem Hof.



Renate Geuter, Sigrud Rakow und Karin Logemann zu Besuch in einem Melkhus in Wiefelstede bei den Landfrauen. Die Themen, die besprochen wurden waren das Bild der Landwirtschaft in der Öffentlichkeit und die Integration von Flüchtlingen. Einen Einblick in die moderne Hofwirtschaft wollen die Landfrauen mit der Aktion „Frühstück sucht Gast“ geben.

Meine Tätigkeiten im Landtag

- Mitglied im Ältestenrat
- Mitglied im Ausschuss Haushalt und Finanzen
- Mitglied im Unterausschuss „Prüfung der Haushaltsrechnungen“
- Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung
- Mitglied im Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl und Zustimmung nach Artikel 70 Abs. 2 der Verfassung
- Stellvertretende Vorsitzende der SPD Landtagsfraktion
- Haushalts- und finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

An diesen Steuerakademien werden die Steuer- und Finanzanwarter fur das Land Niedersachsen ausgebildet



Renate Geuter, Markus Brinkmann und Frank Henning bei der Steuerakademie in Bad Bederkesa



Renate Geuter, Markus Brinkmann und Frank Henning bei der Steuerakademie in Rinteln